Geschrieben von: Lorenz
Dienstag, den 25. Oktober 2011 um 04:57 Uhr

Es geht noch immer um das Brustzentrum in Hameln

Hölscher: „Wir Patienten bleiben derweil Spielball des Systems“

Hameln/Hannover (wbn). Es geht noch immer um das Brustzentrum am Sana-Klinikum in der Rattenfängerstadt. Die erneute Einschränkung der freien Arztwahl empfindet die Patienteninitiative Hameln-Pyrmont als große Zumutung. Sie will jetzt ihren Protest verstärken!

„Mit großem Entsetzen möchten wir mitteilen, dass der Beschluss des Berufungsausschusses vom 24. August durch die "Widerspruchsführerin" mit einer Klage vor dem Sozialgericht Hannover angefochten wird.“ Dies hat die Sprecherin der Hamelner „Patienteninitiative“ Gisela Hölscher gestern Abend sichtlich betroffen gegenüber den Weserbergland-Nachrichten.de erklärt. In einer schriftlichen Stellungnahme zum Stand der juristischen Auseinandersetzung teilt die Patientensprecherin mit: „Als Konsequenz dürfen während des laufenden Verfahrens in der Gynäkologisch-Onkologischen Ambulanz des Brustzentrums Hameln ab sofort nur noch Privatpatienten und AOK-Versicherte behandelt werden. Für gewöhnlich fällt das Sozialgericht ein Urteil frühestens in drei bis vier Monaten...

Fortsetzung von Seite 1

Für uns ist die erneute Einschränkung der freien Arztwahl eine Zumutung, die leider gesundheitspolitisch toleriert wird. Nach wie vor lässt das Versorgungsstrukturgesetz auf sich warten, das laut Bundesgesundheitsminister Bahr „…auch in Zukunft die bestmögliche medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger sichert…“. Es wandert von Anhörung zu Anhörung und von Lesung zu Lesung und scheitert bisher an den Partikularinteressen insbesondere der Berufsverbände – wir Patienten bleiben derweil Spielball des Systems! Menschlich enttäuschend und für uns nicht nachvollziehbar ist das Agieren der "WiderspruchsführerIn", die fast 12.000 Unterschriften (Menschen) aus welchem Interesse auch immer ignoriert.

Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen hat durchblicken lassen, dass sie keine Schreiben "Betroffener" mehr beantwortet. Begründung: Wir seien keine direkten Beteiligten in den Gremien! Man verzeihe uns die Polemik – wir bezahlen sie nur durch unsere Krankenversichertenbeiträge. Wir behalten uns weitere Protestaktionen vor. Vielleicht muss unser Protest lauter werden, um nicht nur wahr-, sondern auch ernst genommen zu werden. Für November ist eine Podiumsdiskussion geplant. Wir informieren Sie, sobald das konkrete Programm mit Diskutanten vorliegt.“